

## Unterrichtung

Hannover, den 10.12.2018

Die Präsidentin des Niedersächsischen Landtages  
- Landtagsverwaltung -

### **Flüssiggasterminal an der niedersächsischen Nordseeküste errichten, umfassendes LNG-Konzept erstellen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - Drs. 18/2194

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung -  
Drs. 18/2254 Nr. 1

Der Landtag hat in seiner 33. Sitzung am 10.12.2018 folgende EntschlieÙung angenommen:

### **Flüssiggasterminal an der niedersächsischen Nordseeküste errichten, umfassendes LNG-Konzept erstellen**

Flüssiggas (LNG: Liquefied Natural Gas) gewinnt in der Debatte um alternative Energieträger zunehmend an Bedeutung. Anwendungsbereiche sind der Mobilitätssektor, die chemische Industrie und die Wärmeversorgung. Für den Transport des stark gekühlten Flüssiggases sind spezielle Schiffe und Entladeterminale erforderlich.

Wir sind davon überzeugt, dass die Energiewende nur dann gelingt, wenn verschiedene Bausteine ineinandergreifen. Niedersachsen ist das Energieland Nummer 1. Von daher ist es folgerichtig, auch das von der Bundesregierung geplante LNG-Terminal in Niedersachsen anzusiedeln. Das Bekenntnis der Bundesregierung, im Norden Deutschlands mindestens ein LNG-Terminal zu schaffen, wird außerordentlich begrüÙt.

Mit einem eigenen LNG-Terminal soll die Abhängigkeit Deutschlands von Flüssiggasimporten aus belgischen und niederländischen Seehäfen reduziert werden. In der aktuellen Debatte um ein Flüssiggasterminal an der Nordseeküste bewerben sich neben dem schleswig-holsteinischen Brunsbüttel die niedersächsischen Standorte Wilhelmshaven und Stade.

Der Landtag stellt fest,

- dass die niedersächsischen Standorte Wilhelmshaven und Stade aufgrund verfügbarer leistungsstarker Erdgasanschlüsse über infrastrukturelle Vorteile verfügen,
- dass LNG und seine größere Verbreitung als alternative Antriebsform einen Beitrag dazu leisten kann, die Forschung nach alternativen Antriebssystemen positiv zu begleiten und z. B. für Automobilkonzerne attraktiver zu gestalten.

Der Landtag begrüÙt,

- dass sich auf Initiative Niedersachsens die Verkehrs- und Umweltminister der Küstenländer mit dem Thema Flüssiggasterminal beschäftigt haben,
- dass sich Bund und Land für die Schaffung eines eigenen deutschen Flüssiggasterminals einsetzen und der Bund eine finanzielle Förderung in Aussicht gestellt hat,
- dass mit der MS Ostfriesland und der MS Helgoland bereits zwei LNG-betriebene Schiffe seit mehreren Jahren die Inseln Borkum und Helgoland anlaufen und in niedersächsischen Häfen betankt werden,
- dass es mit der neuen AIDAnova ein erstes ausschließlich mit Flüssiggas betriebenes Kreuzfahrtschiff aus niedersächsischer Produktion gibt.

Der Landtag bittet die Landesregierung,

1. gegenüber dem Bund für die Standorte Stade und Wilhelmshaven zu werben und dabei die niedersächsischen Standortvorteile herauszustellen,
2. eine LNG-Strategie zu entwickeln, die Anwendungen im Mobilitätssektor als Vorprodukt der chemischen Industrie sowie zur Energieversorgung umfasst und Synergien identifiziert,
3. sich beim Bund für die Entwicklung einer bundesweiten LNG-Strategie einzusetzen und zu prüfen, ob aufgrund des prognostizierten wachsenden Bedarfs ein Terminal tatsächlich ausreichend ist,
4. eine Potenzialanalyse zur Wirtschaftlichkeit und Verkehrstauglichkeit von mit LNG betriebenen Lkw einschließlich einer Analyse zur dann notwendigen Tankstelleninfrastruktur zu erstellen,
5. gemeinsam mit den Speditions- und Logistikverbänden zu prüfen, wie LNG zur Reduzierung von Verkehrsemissionen insbesondere bei Schwerlasttransporten beitragen kann,
6. sich beim Bund dafür einzusetzen, das Pilotprojekt zur Förderung von LNG-Lkw in Berlin zügig zu evaluieren und gegebenenfalls auf das Bundesgebiet auszuweiten.